1. **Die falschen Versprechen der Finanzmarktliberalisierung**
   Angesichts aller Bemühungen, welche die „Schwellenmärkte“ unternommen haben, um sich vor der Unbeständigkeit der Finanzmärkte zu schützen, haben sie allen Grund eine Frage zu stellen: Wo liegt eigentlich der Vorteil der Liberalisierung der Finanzmärkte? Über diese Frage sollten wir alle nachdenken. Von Dani Rodrik, Professor für politische Ökonomie an der John F. Kennedy School of Government der Universität Harvard.
   Quelle: Project Syndicate
2. **Die Investoren wollen ein grösseres Stück vom Kuchen**
   In der neuen Umfrage von Merrill Lynch sprechen die Fondsmanager Klartext. Die Geldverwalter fordern von den Unternehmen höhere Ausschüttungen an die Aktionäre, sei dies durch Aktienrückkäufe, Barauszahlungen oder eine Erhöhung der Dividenden. Das Verblüffende an dieser Forderung ist, dass die Fondsverwalter den Ausschüttungen eine grössere Priorität beimessen als dem Schuldenabbau, den Investitionen oder der Finanzierung der betrieblichen Vorsorgeeinrichtungen.
   Quelle: NZZ

   Kommentar von Orlando Pascheit: *Verblüffend ist nur, daß ein Wirtschaftsjournalist der NZZ darüber verblüfft ist, daß ein Shareholder den „shareholder value“ maximieren will. Dass die Fondsmanager nicht nur die Aktienkurse im Auge haben, sondern Ausschüttungen über Investitionen stellen, macht die Fixierung der amerikanischen Wirtschaftsverfassung auf kurzfristige Gewinne deutlich.*
   Bedauerlich und leider wohl auch von der Politik gewollt ist, dass Manager und Unternehmer nicht nur in den USA, sondern auch in Europa zunehmend unter strikter Kontrolle der Finanzmarkt-Analysten und der großen Anlagefonds stehen. Das Konzept der Maximierung des shareholder value bedeutet, dass der Manager bei einem Sinken des Kurses der Aktien seiner Firma sofort gewinnsteigernde Maßnahmen publikumswirksam ankündigen und ergreifen muss; üblicherweise ist das eine deutliche Reduzierung der Belegschaft und eine darauf aufbauende Prognose steigender Gewinne.

3. **So läuft`s wirklich im Niedriglohnsektor**
   Dem Hamburger Abendblatt liegen Arbeitsverträge zwischen einer Gebäudereinigungsfirma und einem Hamburger Luxushotel vor. So steht in dem Vertrag, dass die Firma „pro gereinigtem Zimmer 4,55 Euro und pro gereinigter Suite 7 Euro netto“ bekommt. Nach wenigen Wochen habe S.

bemerkt, dass er davon weder seine Mitarbeiter noch Sozialabgaben und andere anfallende Beträge zahlen kann. Im April 2006 machte er dem Hotel ein neues Angebot von 5,10 Euro pro Zimmer. Auch wenn das laut Jan S. viel zu wenig ist: „Erst mit zehn Euro pro Zimmer könnten alle zufrieden leben.“ Dann sagte ihm der Hoteldirektor, dass ihn die finanzielle Lage nicht interessiere: „Er wisse, dass es nicht rentabel sei – deswegen habe das Hotel keine eigene Gebäudereinigung.“
Anschließend habe ihm der Hoteldirektor gedroht, seine Beziehungen zu Kollegen spielen zu lassen: „Wenn wir kündigen, würde er dafür sorgen, dass wir in den anderen Hotels rausfliegen.“ Zwar habe er nachher gesagt, dass es sich um einen Scherz gehandelt habe – Fakt ist aber: Innerhalb der folgenden sechs Monate verlor die Gebäudereinigungsfirma in mehreren Hamburger Hotels ihre Aufträge.
Quelle: Hamburger Abendblatt

4. **Neue Daten, Fakten und Dokumente in „Sozialpolitik aktuell in Deutschland“**
   Quelle: Sozialpolitik aktuell
5. **Steuerföderalismus in der Schweiz**
   Für alle, die von ihrem Geld möglichst wenig an den Staat abgeben wollen, ist die Schweiz bekanntermaßen ein beliebter Standort. Dass die Steuern in der Schweiz so niedrig sind, liegt unter anderem am ausgeprägten Föderalismus. Jeder der 26 Kantone kann einen Großteil der Steuersätze selbst festlegen und sich auf diese Weise Standortvorteile verschaffen.
   Quelle: DLF

   Anmerkung: *Was wir in Deutschland für die Einführung des Wettbewerbsföderalismus noch voraussagen mussten, hat sich in der Schweiz schon bewahrheitet.*

6. **Die Rückkehr der Reumütigen**
   Der Trend zur Jobverlagerung ins billige Ausland scheint gestoppt. Einige Unternehmen kehren sogar wieder zurück oder verlegen Arbeitsplätze gezielt nach Deutschland. Das liegt zum Teil an der neuen Attraktivität des hiesigen Standorts – aber auch an den Risiken der Abwanderung.
   Quelle: manager-magazin

   Anmerkung: *Auf diese Meldung kann man genau so wenig setzen wie auf die früheren Katastrophengemälde über Abwanderungen. Sie zeigt nur, dass mit den Abwanderungsdrohungen früher politisch Druck gemacht wurde. Und jetzt,*

wo es politisch im Sinne des manager-magazins läuft und man Druck in Richtung Lohnzurückhaltung machen möchte, wird halt die andere Melodie gesungen. Da kann man ausnahmsweise mal Helmut Schmidt zitieren: „Wie der Bulle pisst, mal so, mal so.“ Wie es halt gerade passt.

7. **Kurzer Prozess für Hartz.**
   Generalbundesanwältin Monika Harms, eine vehemente Kritikerin solcher „Deals“, spricht dagegen von einem „Flächenbrand“: „Wir fahren den Strafprozess vor die Wand“.
   Quelle: Spiegel Online

   Anmerkung: *Genauer müsste die Generalbundesanwälte sagen: Vor dem Gesetz sind alle gleich, nur Wirtschaftsstraftäter sind gleicher.*

8. **Schweizer Unis verweigern den Vergleich**
   Die Schweizer Hochschulen steigen aus dem Dreiländer-Ranking des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) aus, in das sie erst vor kurzem eingestiegen sind. Jede der zwölf Schweizer Unis habe gravierende Mängel festgestellt, vom Ausschluss aufgrund einer E-Mail bis zur falschen Methodik zur Messung der Forschung. Fragestellung und Methode bestimmen einen Rankingplatz viel stärker als die Qualität einer Hochschule.
   Quelle: NZZ
9. **China: Tod bei der Recherche**
   Brutale Repression mit Todesfolge bei Recherchen zur Sicherheit der Arbeitnehmer in Chinas Kohleminen.
   Quelle: FR